

Feststellung der Parteieigenschaft

Die Novellierung des Landeswahlgesetzes sieht weiterhin vor, dass Parteien und mitgliedschaftlich organisierte Wählervereinigungen, die weder im Deutschen Bundestag noch im rheinland-pfälzischen Landtag seit deren jeweils letzter Wahl ununterbrochen vertreten sind, folgende Unterlagen vorzulegen haben:

spätestens bis zum Einreichungsende am 29. Dezember 2015 bis 18 Uhr:

- ihre schriftliche Satzung,
- ihr schriftliches Programm sowie
- den Nachweis der satzungsmäßigen Bestellung des Vorstandes

spätestens bis zur Zulassungsentscheidung am 6. Januar 2016

Nachweise über die Parteieigenschaft nach § 2 Abs. 1 Satz 1 des Parteiengesetzes (Nachweise, die eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit der Zielsetzung bieten). Hierzu gehören insbesondere die Mitteilung über

- die Anzahl ausländischer Staatsangehöriger in der Partei insgesamt und im Vorstand,
- den Sitz der Bundespartei,
- die Teilnahme an Wahlen in Bund und Land,
- den Umfang und die Festigkeit der Organisation,
 - Anzahl der Gliederungen in den Bundesländern (Landesverbände, Kreisverbände),
 - Mitgliederzahl (bundesweit, in Rheinland-Pfalz),
 - Anzahl der Mitglieder-/Delegiertenversammlungen (auf Bundesebene sowie im Land Rheinland-Pfalz auf Kreisebene einschl. der Teilnehmerzahlen),
 - Abgabe eines Rechenschaftsberichtes nach §§ 23 ff. des Parteiengesetzes
- bisheriges Hervortreten in der Öffentlichkeit
 - Internetauftritt (Bundesebene; ggf. ergänzt durch Landesebene)
 - Werbematerialien (Flyer etc.)
 - Veröffentlichungsorgane (allgemein zugängliche Parteizeitung auf Bundes- und /oder Landesebene [Auflage etc.]),
 - Öffentliche Veranstaltungen etc. (Bundesebene)
 - Wahlkampfaktivitäten (Bundesebene).